

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Infrastruktur- und Umweltausschusses (IUA/VIII-015/2008)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 25.08.2008, 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr,
Kreistagssitzungssaal, Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207,

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
1.1.	K 129 Ortsumgehung Ober Ramstadt Antrag Die Linke/DKP Vorlage: 2208-2008/DaDi
1.2.	Beitrag des Landkreises Darmstadt/Dieburg zum Klimaschutz Antrag Die Linke/DKP Vorlage: 2210-2008/DaDi
2.	Kenntnisnahmen
2.1.	Regionale Kooperation zwischen der Wissenschaftsstadt Darmstadt, dem Odenwaldkreis und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 2053-2008/DaDi
2.2.	3. Forum Verkehrsentwicklungsplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg Vorlage: 2084-2008/DaDi
2.3.	Ausbau der B 26 zwischen Dieburg und Babenhausen Vorlage: 2040-2008/DaDi
2.4.	Vereinbarung zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben an Kreisstraßen auf das Land Hessen - Nachtrag Vorlage: 2104-2008/DaDi
2.5.	K 116 grundhafte Erneuerung der Ortsdurchfahrt Lengfeld Vorlage: 2151-2008/DaDi
2.6.	Sachstandsbericht PSM-Belastung der Gewässer Vorlage: 2016-2008/DaDi
3.	Schulbauprojekte

4.	Mitteilungen und Anfragen
----	---------------------------

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Herr Ludwig Gantzert	
Frau Margrit Herbst	bis TOP 3
Herr Hans-Peter Hörr	
Frau Gudrun Kirchhöfer	
Herr Clemens Laub	Vertreter für Abg. Schuchmann, Werner
Herr Rainer Wüst	bis TOP 3
Fraktion der CDU	
Herr Boris Freund	
Herr Heiko Handschuh	
Herr Gerhard Hoffmann	
Herr Prof. Dr. Hans Neunhoeffer	ab TOP 1.1
Herr Siegfried Sudra	bis TOP 3
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Herr Robert Ahrnt	bis TOP 3
Frau Vera Baier	
Fraktion der FDP	
Herr Dr. Albrecht Achilles	
Fraktion der FW	
Frau Irmgard Fischer	
Fraktion von Die Linke-DKP	
Herr Werner Bischoff	Vertreter für Abg. Busch-Hübenbecker, Werner bis TOP 3
Kreistagspräsidium	
Herr Horst Deusinger	
Herr Horst Vollrath	
Kreisausschuss	
Herr Landrat Alfred Jakoubek	
Herr Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann	
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Frau Kreisbeigeordnete Karin Voigt	bis TOP 3
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Enders	
Frau Kreisbeigeordnete Anita Korte	
Frau Kreisbeigeordnete Anna Schneider	bis TOP 3
Herr Kreisbeigeordneter Georg Theiß	
Herr Kreisbeigeordneter Rolf Meyer	
beratende Mitglieder	
Herr Donato Girardi	
Verwaltung	
Herr Klaus Grimm	bis TOP 3
Herr Rainer Leiß	
Frau Martina Löffler	
Herr Ralf Möller	

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Bürgermeister Werner Schuchmann
Fraktion von Die Linke-DKP
Herr Walter Busch-Hübenbecker

Vorsitzender Handschuh stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Infrastruktur- und Umweltausschusses ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Infrastruktur- und Umweltausschuss ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzender Handschuh** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Änderungswünsche dazu werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 14. Sitzung des Infrastruktur- und Umweltausschusses wurden nicht erhoben.
5. Schriftführer ist Rainer Leiß.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagssitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 1.1.

Vorlage-Nr.: 2208-2008/DaDi

Aktenzeichen: 712-016

Betreff: **K 129 Ortsumgehung Ober Ramstadt**

Antrag Die Linke/DKP

Beschluss: **abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Durch die getroffenen Verkehrsentscheidungen des baldigen Baubeginns der Umgehungsstraßen um Reinheim und Wembach/ Hahn sind die Grundlagen für den Beschluss 1319-2006 vom 4.1.2006 zur Ortsumgehung Ober Ramstadt (Trasse Variante E 2) hinfällig. Der Beschluss 1319 aus dem Jahr ist somit aufzuheben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung (Ja):

Ablehnung (Nein):

Enthaltung:

Detailergebnis
(wenn zutreffend)

	SPD	Grüne	FW	CDU	FDP	Die Linke-DKP
Zustimmung (Ja):	<input type="checkbox"/>					
Ablehnung (Nein):	<input type="checkbox"/>					
Enthaltung:	<input type="checkbox"/>					

Befangen:

Beschluss zu TOP 1.2.

Vorlage-Nr.: 2210-2008/DaDi

Aktenzeichen: 660-006

Betreff: **Beitrag des Landkreises Darmstadt/Dieburg zum Klimaschutz
Antrag Die Linke/DKP**

Beschluss: **erledigt**

Abg. Hörr (SPD) stellt den Geschäftsordnungsantrag, dem Kreistag zu empfehlen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Beschlussvorschlag:

1. Der Landkreis Darmstadt/ Dieburg wird einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Er orientiert sich hierbei an dem von der EU beschlossenen Ziel einer Reduzierung des CO²- Ausstoßes um 40 % bis 2020 im Vergleich zu 1990.
2. Die Verwaltung wird beauftragt den CO² - Ausstoß aus dem Verbrauch von Heizöl, Gas und Strom der kreiseigenen Liegenschaften sowie allen Beteiligungen zu ermitteln und für die Fraktionen des Landkreises und die interessierte Öffentlichkeit darzustellen. Zu den Liegenschaften des Kreises sollten die Daten aller in dem Betriebszweig Gebäudemanagement des DA- Di -Werkes und den Beteiligungen des Landkreises (Krankenhäuser etc) enthalten sein.
3. Mit einfließen sollten auch die energetischen Optimierungen des Schulbauprogramms sowie deren Auswirkungen auf den CO² Verbrauch.
4. Des Weiteren wird die Kreisverwaltung beauftragt, alle Liegenschaften und Beteiligungen in Kreisverantwortung (Eigenbetriebe u.ä.) zu bewerten- d.h. festzustellen, ob ihr Energieverbrauch und der damit verbundene CO² Ausstoß zu ihrer Größe und Nutzung in einem angemessenen Verhältnis steht.
5. Energieoptimierungen durch Heizkesselaustausch oder Geothermiktechnik, durch Maßnahmen an der Gebäudehüllen wie neue Fenster oder Dachisolierungen, die Dämmung von Rohrleitungen oder oberer Geschossdecken sind Anlass für einen optimierten Klimaschutz im Landkreis Darmstadt/Dieburg.
6. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, den Kreistag bis zum Jahresende 2008 einen Maßnahmenplan auf der Grundlage dieser Erhebungen als Beschlussvorlage vorzulegen, der zu einer nachhaltigen Senkung des CO² Ausstoßes bei allen Liegenschaften und Beteiligungen in Verantwortung des Kreises führt.
7. Alle öffentlichen neu zu erstellenden und zu renovierenden Gebäuden der Liegenschaften des Kreises sollten genutzt werden, Photovoltaikanlagen zu installieren.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis (wenn zutreffend)	SPD	Grüne	FW	CDU	FDP	Die Linke- DKP
Zustimmung (Ja):	<input type="checkbox"/>					
Ablehnung (Nein):	<input type="checkbox"/>					

Enthaltung:

Befangen:

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 2.1.

Vorlage-Nr.: 2053-2008/DaDi

Aktenzeichen: 042-006

Betreff: **Regionale Kooperation zwischen der Wissenschaftsstadt Darmstadt, dem Odenwaldkreis und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Jakoubek berichtet, dass der am 10. Dezember 2007 vom Kreistag beschlossene Kooperationsvertrag mit der Wissenschaftsstadt Darmstadt, dem Odenwaldkreis und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg am 20. Mai 2008 in Ober-Ramstadt unterschrieben wurde.

Beschluss zu TOP 2.2.

Vorlage-Nr.: 2084-2008/DaDi

Aktenzeichen: 731-001

Betreff: **3. Forum Verkehrsentwicklungsplanung Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Jakoubek berichtet:

Am 03.06.2008 fand das 3. Forum Verkehrsentwicklungsplanung statt. Im Mittelpunkt dieses Forums stand die Auswahl der Planfälle, die in den kommenden Monaten durch die beauftragten Planungsbüros Habermehl+Follmann und Steteplanung untersucht werden sollen.

Im Rahmen des Auftrages werden insgesamt sieben Planfälle untersucht. Hierzu werden verschiedene Maßnahmen im Straßennetz, wie Ortsumgehungen oder der Ausbau bereits vorhandener Straßen, kombiniert und ihre Auswirkungen in Verbindung mit der im Jahr 2020 zu erwartenden Verkehrsmenge untersucht.

Auf Grundlage der bereits im Februar vorgestellten Schwachstellenanalyse des Straßennetzes im Landkreis Darmstadt-Dieburg haben die Planer sechs Vorschläge erarbeitet. Diese wurden den Teilnehmern des 3. Forums Verkehrsentwicklungsplanung vorgestellt. Durch die Teilnehmer wurden einige Ergänzungen hinzugefügt und somit das Einvernehmen über den Untersuchungsumfang hergestellt. Der siebte Planfall wurde bewusst noch nicht festgelegt, da hier vorgesehen ist, aus den Erkenntnissen der anderen Planfälle abschließend eine optimierte Kombination zu erstellen.

Da die Verkehrsdatenbasis Rhein-Main (VDRM), die Grundlage für das Berechnungsmodell sein wird, noch nicht vom Land Hessen fertig gestellt wurde, wird sich die Untersuchung der Planfälle zeitlich etwas verzögern. Es ist damit zu rechnen, dass die Ergebnisse im Januar 2009 im Rahmen des 4. Forums vorgestellt werden können.

Beschluss zu TOP 2.3.

Vorlage-Nr.: 2040-2008/DaDi

Aktenzeichen: 714-004

Betreff: **Ausbau der B 26 zwischen Dieburg und Babenhausen**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Jakoubek berichtet:

Derzeit wird vom Amt für Straßen- und Verkehrswesen Darmstadt (ASV) der Ausbau der B 26 zwischen Dieburg und Babenhausen als 3streifiger Ausbau mit wechselseitiger Überholmöglichkeit (2+1 Querschnitt) geplant. Das Planungsende wird nach der bislang vorliegenden Planung bei Sickenhofen liegen.

Die Planungen werden bei einer Veranstaltung am 3. Juni 2008 in der Kulturhalle Münster den Parlamentariern der betroffenen Kommunen Dieburg, Münster und Babenhausen durch das ASV vorgestellt. Hierbei sollen insbesondere die Anbindungen der einzelnen Ortsteile an die B 26 erläutert werden

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Babenhausen hat in ihrer Sitzung am 8. Mai 2008 beschlossen, eine Zustimmung zur Planung davon abhängig zu machen, dass die Weiterführung der B 26 über eine Südumgehung für Babenhausen mit in das Planfeststellungsverfahren zum Ausbau aufgenommen wird. Bisher wurden die beiden Maßnahmen als getrennte Planungsverfahren durch das ASV bearbeitet. Für die Planung einer Südumgehung sind noch Voruntersuchungen erforderlich.

Das Schreiben der Stadt Babenhausen sowie der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung werden als Anlage zur Kenntnis gegeben.

Beschluss zu TOP 2.4.

Vorlage-Nr.: 2104-2008/DaDi

Aktenzeichen: 712-009

Betreff: **Vereinbarung zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben an Kreisstraßen auf das Land Hessen - Nachtrag**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Beschluss:

In Abänderung des KA-Beschlusses vom 21.08.2007 (Vorlage-Nr. 1219-2007/DaDi) wird dem Nachtrag zur Vereinbarung zur Übertragung von Planungs- und Bauaufgaben an Kreisstraßen des Landkreises Darmstadt-Dieburg auf das Land Hessen in der geänderten Fassung zugestimmt.

Beschluss zu TOP 2.5.

Vorlage-Nr.: 2151-2008/DaDi

Aktenzeichen: 712-005

Betreff: **K 116 grundlegende Erneuerung der Ortsdurchfahrt Lengfeld**Beschluss: **Kenntnis genommen****Beschluss:**

1. Der Auftrag zum Ausbau der OD Lengfeld wird der Firma Strassing-Limes, Bad-Soden-Salmünster zum Angebotspreis von

1.809.540,68 €(inkl. MWST.)

erteilt.

Der Anteil des Landkreises Darmstadt-Dieburg beträgt 53.918,98 €

2. Der Auftrag zur Erstellung eines Beweissicherungsgutachtens für die Maßnahme wird Herrn Dipl.-Ing. Schöwer zum Angebotspreis von

40.884,53 €(inkl. MWST.)

erteilt.

Der Anteil des Landkreises Darmstadt-Dieburg beträgt 2.976,39 €

Die erforderlichen Mittel von 56.895,37 € stehen im Wirtschaftsplan unter der Kostenstelle 880001 und der Maßnahme „K 116 Erneuerung der OD Lengfeld“ in Form eines Haushaltsausgabereserves haushaltsrechtlich zur Verfügung

Finanzielle Auswirkungen:

Kostenstelle: 880001

Produkt:

Investitionsmaßnahme: K 116 Erneuerung der OD Lengfeld

Aufwendungen	2008	2009	2010
Sachkonto: 6090001	56.895,37 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR
Erträge	2008	2009	2010
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Beschluss zu TOP 2.6.

Vorlage-Nr.: 2016-2008/DaDi

Aktenzeichen: 660-004

Betreff: **Sachstandsbericht PSM-Belastung der Gewässer**Beschluss: **Kenntnis genommen****Kreisbeigeordneter Fleischmann berichtet über die Untersuchungen von Kläranlagenabwasser auf Pflanzenschutzmittel- und Arzneimittelrückstände:**

Landesweite Untersuchungen des Hessischen Landesamtes für Umwelt und Geologie (HLUG) im Jahr 2004 haben ergeben, dass sich in mehreren Fließgewässern überhöhte Werte bei Pflanzenschutzmitteln (PSM) gezeigt haben. Die Untersuchungen wurden infolge der Verordnung zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (VO-WRRL) durchgeführt. Dabei haben sich zum Teil eklatante Überschreitungen gezeigt. Betroffen ist hier auch der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit z. T. relativ hohen PSM-Konzentrationen.

Beim Landkreis Darmstadt-Dieburg wurde daraufhin ein Arbeitskreis gebildet. Dem Gremium gehören Vertreter von Naturschutzverbänden, der Landwirtschaft und der Wasserbehörden an. Dort werden Ursachen der Auffälligkeiten und mögliche Gegenmaßnahmen erörtert. Nach früheren landesweiten Untersuchungen des HLUG ist ein großer Teil der Gewässerbelastungen mit PSM auf Einträge einzelner kommunaler Kläranlagen zurückzuführen. Ein großes Problem dabei ist der z. T. nicht sachgerechte Umgang mit den Stoffen bei ihrer Anwendung.

Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann veranlasste daraufhin, dass alle 19 Kläranlagen im Landkreis auf Pflanzenschutzmittel und ergänzend auf Arzneimittelrückstände durch die Europa Fachhochschule Fresenius, Idstein, im Ablauf überprüft werden. Im Zeitraum vom 11. April bis 12. Juni 2007 wurden in drei Zyklen insgesamt 171 Proben auf 68 PSM-Stoffe und zwölf Pharmaka analysiert. Bei 21 PSM-Mitteln kam es zu positiven Ergebnissen. Die übrigen PSM lagen unter der Bestimmungsgrenze oder wurden nicht nachgewiesen. Pharmaka wurden in jedem Kläranlagenablauf vorgefunden.

Für zehn hier relevante PSM-Stoffe gibt es **Qualitätsnormen (Grenzwerte)** für die zulässige Durchschnittskonzentration im Gewässer.

n-Chloridazon	0,1 µg/l	Mecoprop (MCP)	0,1 µg/l
Dichlorprop (2,4-DP)	0,1 µg/l	Terbutylazin	0,5 µg/l
2,4-D	0,1 µg/l	Metolachlor	0,2 µg/l
Betazon	0,1 µg/l	Metazachlor	0,4 µg/l
MCPA	0,1 µg/l	Dimethoat	0,1 µg/l

Bei zwei wichtigen PSM-Stoffen schlägt die EU-Kommission folgende Grenzwerte vor:

	Zulässiger Jahresmittelwert	maximal zulässiger Einzelwert	maximal zulässiger Einzelwert im Zusammenhang mit der Trinkwasserverordnung
Diuron	0,2	1,8	0,1 µg/l
Isoproturon	0,3	1,0	0,1 µg/l

Für den Stoff Terbutryn liegt der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) ein gutachterlicher **Vorschlag** nach den EU-Anforderungen von 0,03 µg/l als Qualitätsnorm vor. Das Mittel ist als Pflanzenschutzmittel nicht mehr zugelassen.

Von den zwölf untersuchten Pharmaka wurden der Schmerzmittelwirkstoff Diclofenac, das Antiepileptikum Carbamazepin und der Betablocker Metoprolol in jedem untersuchten Kläranlagenablauf vorgefunden. Für sämtliche untersuchten Pharmaka existieren derzeit allerdings noch keine Grenzwerte. Gutachten der LAWA enthalten aber Qualitätsnormvorschläge für einzelne Stoffe, wie z. B. für Diclofenac 0,1 µg/l und für Carbamazepin 0,5 µ/l.

Diese Werte gelten für die Belastung im Gewässer. Sie gelten nicht als Ablaufwerte aus Kläranlagen. Diese geben allerdings Hinweise auf eine unerwünschte Belastung von Bächen. Sie zeigen die Problematik auf, dass selbst in modernsten Kläranlagen, die die heute geltenden gesetzlichen Anforderungen erfüllen, PSM und Pharmaka nicht zurück gehalten werden können. Aufgrund der in unserer Region oft sandigen Böden besteht auch die Besorgnis, dass die Mittel über die oberirdischen Gewässer versickern und in das Grundwasser gelangen. Damit kann eine Gefährdung unseres Trinkwassers gegeben sein.

Die Werte sind nach den Vorgaben der europäischen Wasserrahmenrichtlinie bis zum Jahr 2015 einzuhalten. Bis zu diesem Zeitpunkt sind die Gewässer in einen guten ökologischen und chemischen Zustand zu bringen, der dann erreicht ist, wenn die Qualitätsziele der EU-Richtlinie zur Verminderung der Gewässerbelastung nicht überschritten werden.

Dies kann allerdings nicht bedeuten, dass dieser Zeitpunkt untätig abgewartet werden könnte. Vielmehr sind die zuständigen Stellen gefordert, anhand der Feststellungen, die mit Sicherheit auf andere Landkreise übertragbar sind, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um die geforderten Standards einzuhalten.

Bei einem Teil der Stoffe ist zu beachten, dass sie nicht nur eine einzige Verursacherquelle haben. Vielmehr werden sie in mehreren Bereichen eingesetzt. Sie werden nicht nur ausschließlich in der Landwirtschaft verwendet. Auch für die Zierrasenpflege, bei der Entkrautung von Gehwegen, im Hausgarten und in der Industrie finden die PSM Anwendung bzw. können durch Abwaschungen von Fassaden freigesetzt werden. Dadurch gestaltet es sich auch als äußerst schwierig, konkrete Verursacher festzustellen.

Es ist daher wichtig, die gesamte Öffentlichkeit über den Sachverhalt zu unterrichten. Nur durch eingehende Beratungen können mögliche Verursacher auf ihr womöglich unbeabsichtigtes Verhalten hingewiesen werden. Es mag breiten Teilen der Bevölkerung nicht bekannt sein, dass die Kläranlage die Mittel zur Unkrautbekämpfung im Rasen nicht abbauen kann. Deshalb besteht auch kein Unrechtsbewusstsein, wenn nach der Anwendung die Gießkanne ausgespült und das Abwasser in die Kanalisation gegeben wird. Es fließt dann allerdings unbehandelt durch die Anlage und belastet anschließend das Gewässer.

Gleiches gilt auch für den Umgang mit Pharmaka. Hier kann es allein schon sehr hilfreich sein, Medikamentenreste nicht mehr über die Toilette bzw. den Ausguss zu entsorgen, sondern diese beispielsweise in einer Apotheke zurückzugeben und damit einer geordneten Entsorgung zuzuführen. Ein großer Teil der Pharmaka gelangt allerdings nach Einnahme durch den Patienten über Ausscheidungen in die Kläranlagen.

Der erwähnte Arbeitskreis wird sich regelmäßig treffen und weitere Vorgehensweisen festlegen. Die Anzahl der festgestellten Stoffe in den einzelnen Kläranlagen ergibt folgendes Bild:

	Anzahl der Stoffe	Kläranlage
1.	14	Eschollbrücken
2.	14	Reinheim
3.	12	Gräfenhausen
4.	11	Alsbach-Hähnlein
5.	9	Griesheim

6.	8	Groß-Umstadt
7.	8	Groß-Zimmern
8.	7	Mühltal
9.	5	Bickenbach
10.	4	Ernsthofen
11.	4	Pfungstadt
12.	4	Roßdorf
13.	4	Weiterstadt
14.	3	Babenhausen
15.	3	Brandau
16.	3	Dieburg
17.	3	Eppertshausen
18.	3	Messel
19.	3	Münster

Die Verteilung der Stoffe auf die Kläranlagen stellt sich nachstehend dar:

	Stoffname	Anzahl der Kläranlagen	Verwendung
1.	Diuron	19	Zierpflanzenanbau/Nichtkulturland; früher auch Schienen- und Straßenränder (Unkraut)
2.	Terbutryn	18	Farbenherstellung (in der Landwirtschaft nicht mehr zugelassen (früher: Getreide und Mais))
3.	MCPD	13	Rasen, Grünlandwirtschaft, Ackerbau (Unkräuter)
4.	MCPA	11	Rasen, Ackerbau, Obstbau, Zierpflanzenbau (Unkrautvernichter)
5.	2,4-DP	9	Getreide (Unkräuter)
6.	Metamitron	7	Futter- und Zuckerrüben (Herbizid)
7.	Ethofumesat	6	Zuckerrüben (Unkräuter)
8.	Isoproturon	6	Getreide (Ungräser)
9.	Bentazon	5	Getreide (Unkräuter) breit einsetzbar
10.	Metalaxyl	4	Kartoffel- und Gemüsebau (Fungizid)
11.	Metribuzin	4	Ackerbau, Gemüsebau, Zierpflanzenbau (Herbizid)
12.	Tebuconazol	4	Ackerbau, Gemüsebau (Fungizid)
13.	Terbutylazin	4	Mais (Unkräuter)
14.	Epoconazol	3	Getreide (Fungizid; u.a. Echter Mehltau)
15.	Fluazifop	3	Forst, Ackerbau, Obstbau, Gemüsebau (Unkräuter)
16.	Propiconazol	3	Weizen (Fungizid)
17.	Simazin	2	Nicht mehr zugelassen (früher: Obstbau, Weinbau, Mais: Totalherbizid)
18.	2,4-D	1	Rasen (Unkrautvernichter)
19.	Dimethoat	1	Forst (Maikäfer), Gemüsebau/Zierpflanzenbau/Ackerbau (diverse Insekten)
20.	Metazachlor	1	Gemüsebau, Zierpflanzenbau, Raps (Unkräuter)
21.	n-Chloridazon	1	Gemüsebau, Futter- und Zuckerrüben (Herbizid)

Es ist auffällig, dass die Stoffe Terbutryn und Diuron in nahezu allen Kläranlagen mit hohen Konzentrationen festgestellt wurden.

In der Landwirtschaft ist der Wirkstoff Terbutryn nicht mehr zugelassen. Er wird weiterhin bei der Herstellung von Fassadenfarben verwendet.

Diuron wird zur Unkrautbekämpfung eingesetzt. Insbesondere zur „Sauberhaltung“ von Gleiskörpern und Straßenrändern war es weit verbreitet. Ebenso sind die Wirkstoffe MCPA und MCPD bei der Unkrautvernichtung im Einsatz.

Das Vorkommen dieser Mittel lässt den Schluss zu, dass die Stoffe großflächig im Gemeindegebiet zur Unkrautbekämpfung eingesetzt werden. Sie werden von befestigten Flächen abgespült und geraten in die Kanalisation.

Im ersten Schritt werden die Betreiber der Kläranlagen in der Bürgermeister-Dienstversammlung am 13.05.2008 darüber unterrichtet, dass Informationsgespräche über die Anwendung und die Entsorgung von PSM stattfinden sollen. Begonnen soll mit den Anlagen, bei denen die größte Palette der Mittel analysiert wurden, Eschollbrücken, Reinheim und Gräfenhausen. An den Terminen sollen von Seiten der Gemeinden insbesondere das Bauamt, das Umweltamt, das Gartenamt, die Straßenunterhaltung und die Friedhofsverwaltung teilnehmen.

Es ist wichtig, von Behördenseite unbedingt eine Pflanzenschutzfachkraft des Regierungspräsidiums Gießen hinzuziehen. Das Amt für den ländlichen Raum klärt, welche Gebührenforderungen das Land stellen wird.

Als nächstes ist es erforderlich, mit den Landwirten der betroffenen Gemeinden Gespräche zu führen. Auch hier ist die Anwesenheit einer Pflanzenschutzfachkraft unabdingbar.

Die dritte mögliche Verursachungsquelle stellen Grundstücksbesitzer dar, die Garageneinfahrten und Gartenwege von Unkräutern frei halten wollen. Diese Gruppe soll ggf. in einem weiteren Verfahren berücksichtigt werden.

Vertreter der Maler- und Lackiererinnungen sollen ebenfalls für die Problematik sensibilisiert werden.

Das Hessische Ministerium für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie das Hessische Sozialministerium wurden von den Ergebnissen unterrichtet.

Die einzelnen Ergebnisse der Untersuchungen sind im Internet unter [„http://www.ladadi.de/Pflanzenschutzmittel-in-Fliessgewaessern.4889.0.html“](http://www.ladadi.de/Pflanzenschutzmittel-in-Fliessgewaessern.4889.0.html) einzusehen.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Schulbauprojekte**

Beschluss:

Vorsitzender Handschuh gibt den anwesenden Architekten Gelegenheit, die nachfolgend dargestellten Maßnahmen vorzustellen¹:

- Hr. Zimmer, Planungsbüro Hacker und Zimmer, Groß-Umstadt
 - o **Stephan-Gruber-Schule, Eppertshausen**
 - o **Albert-Schweitzer-Schule, Groß-Zimmern**
- Hans Birli, Griesheim
 - o **Gerhart-Hauptmann-Schule, Griesheim**

Fragen zu den Einzelmaßnahmen werden beantwortet. **Kreisbeigeordneter Fleischmann** gibt ergänzende Erläuterungen und teilt mit, dass durch die separate Toilettenanlage an der Stephan-Gruber-Schule, Eppertshausen, Baukosten in Höhe von ca. 75.000 Euro entstehen.

¹ Die gezeigten Präsentationsfolien sind als Anlage 1 und 2 dieser Niederschrift beigelegt.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Kreisbeigeordneter Fleischmann berichtet, dass zur Gesamtproblematik auf dem Grundstück der Firma Reifen Dickert in Pfungstadt am 15.7.2008 ein „Runder Tisch“ einberufen wurde, an dem Vertreter der Stadt Pfungstadt (Bürgermeister, Bau- und Ordnungsamt und juristischer Vertreter der Stadt), das Regierungspräsidium Darmstadt, der Kreisbrandinspektor sowie der Leiter der Kreisbauaufsicht teilgenommen haben. Es wurde vereinbart, eine unangemeldete Ortsbegehung des Firmengeländes mit allen Beteiligten durchzuführen, um die aktuelle Situation hinsichtlich der ergangenen Auflagen aus den verschiedenen Genehmigungen und Verfügungen aufzunehmen und daraus einen etwaigen weiteren Handlungsbedarf der Beteiligten ableiten zu können.

Er teilt weiter mit, dass dieser Ortstermin am 24.7.2008 stattgefunden hat und gibt den vom Regierungspräsidium erstellten Ergebnisbericht als Anlage 3 zu dieser Niederschrift.

Da weitere Mitteilungen und Anfragen nicht vorliegen, schließt **Vorsitzender Handschuh** die Sitzung um 17.00 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 29. August 2008

Heiko Handschuh
Vorsitzender

Rainer Leiß
Schriftführer